Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 403 - Finanzen
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Sylvia Hübler 563 5187 563 4742 sylvia.huebler@stadt.wuppertal.de
	Datum:	16.03.2007
	Drucks.-Nr.:	**VO/0264/07/1-A** öffentlich

Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
26.03.2007	**Rat der Stadt Wuppertal**	**Entgegennahme o. B.**

Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal vom 14.03.2007 - WSW Demo

Grund der Vorlage
Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal vom 14.03.2007; Drs. VO/0264/07

Beschlussvorschlag
Die Antworten der Verwaltung werden ohne Beschluss entgegen genommen.

Einverständnisse
Entfällt

Unterschrift
Dr. Slawig

Begründung
Die von der Landesregierung geplante Novellierung des kommunalen Wirtschaftsrechtes gefährdet die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten kommunaler Unternehmen und benachteiligt diese erheblich in ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Um diese Novellierung zu verhindern, hat sich auf Landesebene die Initiative „Kommunalwirtschaft“ gegründet, der u.a. der Städtetag, der Kommunale Arbeitgeberverband und der Verband Kommunaler Unternehmen angehören. Sowohl die Verwaltungsspitze der Stadt Wuppertal als auch der Vorstand der WSW unterstützen ausdrücklich diese Initiative und haben sich deshalb auch an der Gründung einer vergleichbaren Wuppertaler Initiative beteiligt.

Zu 1:

Haben Beschäftigte der WSW an der Demonstration gegen die ordnungspolitische Modernisierung des Gemeindewirtschaftsrechts in Düsseldorf am Mittwoch, 07. März 2007 teilgenommen?

Ja, Beschäftigte der WSW haben gemeinsam mit der Geschäftsführung - wie in der Presse berichtet - teilgenommen.

Zu 2:
Haben diese Beschäftigten für die Dauer der Demonstration einschl. An- und Abreise Urlaub beantragt oder wird die verlorene Dienstzeit in anderer Weise vor- oder nachgearbeitet? Falls nein, in welcher Höhe sind dem kommunalen Unternehmen dadurch Kosten entstanden, die in letzter Konsequenz von den Steuer- und Gebührenzahlern zu tragen sind?

Das Unternehmen hat entschieden, den betroffenen Beschäftigten eine bezahlte Freistellung zu gewähren, weil die Teilnahme an der Demonstration im ganz überwiegenden Interesse des Unternehmens und der Stadt gestanden hat, da bei Realisierung der vorgesehenen Veränderung der Gemeindeordnung erhebliche negative Auswirkungen auf die Unternehmensergebnisse und damit, zumindest mittelbar, auch für die Stadt Wuppertal entstehen würden.
Freistellungen wurden allerdings nur in dem Maße erteilt, wo es für das Dienstleistungsangebot in Wuppertal keine Einschränkungen zur Folge hatte.

Zusätzliche **Kosten** sind aufgrund der bezahlten Freistellung nicht angefallen.
Zu den Transferkosten siehe Nr. 3.

Zu 3:
Haben die WSW für "seine" Demonstranten einen Transfer zur Protestveranstaltung organisiert? Falls ja, wurden den Beschäftigten die entstandenen Kosten für ihre Privataktivität in Düsseldorf in Rechnung gestellt?

Zusätzliche Transferkosten sind insgesamt für angemietete Busse (notwendig damit der Linienverkehr in Wuppertal aufrecht erhalten werden konnte) und Treibstoffkosten für vorhandene Busse in Höhe von fast 8.000,- € angefallen. Da das Unternehmensinteresse im Vordergrund stand, wurden den Beschäftigten keine Kosten in Rechnung gestellt.

Zu 4:
In welcher Höhe sind den WSW insgesamt Kosten durch den Protest gegen die Neuordnung des Kommunalwirtschaftsrechts entstanden?

Siehe Nr. 3

Kosten und Finanzierung
./.

Zeitplan
./.

Anlagen
./.